

Die Unabhängigkeit

Die Unterdrückung der Albaner im Kosovo sei zu beenden, fordert Jankovic. Politische Autonomie solle wieder gewährt werden, Menschen- und Bürgerrechte garantiert, eigene Presse, ein eigenes Erziehungssystem sollten die Albaner haben können. "Aber niemand in Serbien würde die Abspaltung Kosovos - als eigener Staat oder einen Anschluß an Albanien - jemals akzeptieren".

In der Frage des Kosovo gebe es keinen Unterschied zwischen Opposition und serbischer Regierung sagt dazu Anton Kola, Vizepräsident der "Demokratischen Liga des Kosovo". Dieser Zusammenschluß albanischer Parteien wurde bei "illegalen" Wahlen im Mai dieses Jahres von 76 Prozent der albanischen Bevölkerung gewählt. Sie stellt nun eine Art Parallelregierung, die halb im Untergrund agieren muß. Man sei bereit, die Lösung der Kosovo-Frage mit der Lösung der anderen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien zu verbinden. Wenn eine solche Lösung die Änderung der äußeren Grenzen des ehemaligen Jugoslawien bringe - und daran gibt es wohl keinen Zweifel - komme auch für den Kosovo nur eine Abspaltung in Frage. 99 % der albanischen Bevölkerung hätten sich in einem Referendum dafür ausgesprochen. Einen möglichen Kompromiß sieht er in einem neutralen, unabhängigen Kosovo, dessen Grenzen zu Serbien und Albanien für den jeweiligen Bevölkerungsanteil jederzeit offen und ungehindert zu passieren sind.

Alle Gesprächspartner - die serbische Opposition und die albanische Führung im Kosovo - betonen, daß der Konflikt auf keinen Fall bewaffnet ausgetragen werden dürfe. Das würde, so kann man von allen Beteiligten hören, schlimmer sein als alles, was jetzt in Kroatien und Bosnien passiert. Ein Ausbreiten eines derartigen Krieges auf die Nachbarstaaten (Albanien, Bulgarien, Griechenland...) sei nahezu notgedrungen. Aber beide Seiten haben sehr genaue Vorstellungen vom zukünftigen Status der Provinz. Und beide Seiten bestehen darauf, von diesem Standpunkt nicht abweichen

Buchtip:

Kosovo: Gordischer Knoten des Balkan Christine von Kohl & Wolfgang Libal

"Den 'gordischen Knoten' Kosovo geduldig zu entwirren scheinen Serben und Albaner allein kaum imstande zu sein; die europäischen Nationen und die internationalen Gemeinschaften werden sich daher ihrer Mitverantwortung für eine Neuordnung auch in diesem Teil des ehemaligen Jugoslawien nicht entziehen können, wenn eine Katastrophe vermieden werden soll", schreiben die beiden langjährigen Südosteuropa-Korrespondent/inn/en Christine von Kohl und Wolfgang Libal im Vorwort zu ihrem Buch.

Die Vorgeschichte der aktuellen Konflikte reicht weit zurück. 1389 wurden die Serben am "Kosovo polje" (Amselfeld), nördlich der heutigen Hauptstadt des Kosovo, von den Türken vernichtend geschlagen. Serbische und albanische Historiker streiten nun darüber, ob die albanische Bevölkerung schon zu diesem Zeitpunkt im Kosovo, damals das Kernland Serbiens, lebten, oder sich erst nach der Vertreibung vieler Serben durch die Türken ansiedelte. Die kommenden Jahrhunderte waren geprägt von massenhaften Fluchtbewegungen der jeweils politisch und militärisch unterlegenen Seite.

Seit dem zweiten Weltkrieg ist Kosovo Teil der serbischen Teilrepublik Jugoslawiens. Ab 1974 genoß die Region eine weitgehende politische Autonomie und war den jugoslawischen Teilrepubliken nahezu gleichgestellt. In dieser Zeit wurden auch die Forderung nach einer unabhängigen Republik immer lauter. Doch schon ab 1981 wurden die neugewonnen Rechte wieder beschnitten. Nach von der Polizei brutal niedergeschlagenen Studentenprotesten brachen Unruhen aus, die mindestens 11 Todesopfer forderten, der Ausnahmezustand wurde verhängt. Säuberungen in der kommunistischen Partei und eine Kette von politischen Prozessen waren die Folge. Während eines Generalstreiks gegen die serbische Politik beschloß das serbische Parlament in Belgrad im Februar 1989 eine Verfassungsänderung, die die Autonomie der Provinz Kosovo praktisch aufhob.

Seither verfolgt die Regierung Milosevic eine Politik der zunehmenden Unterdrückung. Albanische Ärzte wurden aus den Krankenhäusern entlassen, albanische Medien geschlossen, zigtausende Industriearbeiter verloren ihre Arbeitsplätze. In den Schulen wird nicht mehr nach dem albanischen, sondern nach dem serbischen Lehrplan unterrichtet. Dies führte zu einem Boykott der Schulen durch albanische Lehrer und Schüler. Polizeiiübergriffe sind an der Tagesordnung. In dieser Situation sehen so gut wie alle Albaner im Kosovo - die inzwischen 90 Prozent der Bevölkerung stellen - die Lösung in einem eigenen Staat. Die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße, die schnell in einen Krieg unter Beteiligung anderer Balkanstaaten wie Albanien, Griechenland und Bulgarien münden könnten, wächst.

Christine von Kohl, Wolfgang Libal:

Kosovo: Gordischer Knoten des Balkan

Wien, Zürich; Europaerlag, 1992; 176 Seiten

zu können. "Wir können die Freiheit unseres Volkes nicht verkaufen, um keinen Preis der Welt" betont Kola. Wenn sich an diesen starren "Maximalpositionen" nichts ändert, ist ein Krieg wohl nicht vermeidbar. Kola hofft auf Europa und die internationale Staatengemeinschaft. Auf einen Militärschlag zur "Zerstörung der serbischen Armee". Und beide Seiten hoffen darauf, daß "die anderen" den Krieg nicht wollen werden...

Es kann nur einen Weg geben, um zu einer gewaltfreien Lösung zu gelangen, sagt Vesna Pesic: Verhandlungen der beiden Sei-

ten - möglichst unter internationaler Beobachtung und Vermittlung - die **ohne Vorbedingungen** geführt werden müssen. Ob die beiden Seiten dazu imstande sind, ist fraglich. Großen Einfluß darauf hat sicherlich das weitere Verhalten "Europas". Das unbedingte Forcieren einer Verhandlungslösung anstatt vorschnellem Anerkennen der einen Seite - wie etwa in Bosnien - scheint mir die einzige Möglichkeit, die sich abzeichnende weitere Katastrophe zu vermeiden.